

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0370/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich Datum: 25.04.2023 Verfasser/in:
Ratsanträge		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
10.05.2023	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
22. März 2023

Nr. 347/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 22/2023 (Grüne)
169/23 (SPD)

Aachen, 22.03.2023

Ratsantrag

Beschlusskontrolle zu Ermächtigungsübertragungen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt für beschlossene Investitionen in den jeweils zuständigen Fachausschüssen eine Beschlusskontrolle einzuführen: Maßnahmen, die im jeweils vorvergangenen Jahr beschlossen wurden und mit Ermächtigungsübertragung im Haushalt des jeweiligen Folgejahres aufgenommen werden sollen, müssen im laufenden Jahr im jeweiligen Fachausschuss mit einer aktuellen Sachstands-Vorlage (inkl. Prüfraster) erneut beraten werden.

Begründung

Im Haushaltsplan 2023 sind Investitionsauszahlungen in Höhe von ca. 150 Mio. EUR vorgesehen. Gleichzeitig warten noch diverse Investitionsmaßnahmen aus Vorjahren auf Umsetzung und entsprechende haushälterische Abwicklung. Darüber hinaus befinden sich weitere Maßnahmen auf der sog. § 13-Liste, die aufgrund der fehlenden Planungstiefe noch nicht rechtskräftig in den Haushaltsplan aufgenommen werden konnten. Die Fachverwaltung hat bereits mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass die Kombination aus Investitionen aus der laufenden Bewirtschaftung, der „Bugwelle“ aus Ermächtigungsübertragungen sowie der § 13-Liste die Frage aufwirft, ob die Stadt überhaupt in der Lage sein wird, alle Investitionsmaßnahmen noch realistischerweise umzusetzen. Insbesondere wenn man sich die Umsetzungen der vergangenen Jahre vor Augen hält, die im Mittel eher bei ca. 70 Mio. EUR pro Jahr lag.

Mit einem Antrag zur politischen Investitionssteuerung der SPD aus dem Jahr 2021 (Ratsantrag Nr. 147/18) konnte für den Finanzausschuss ein regelmäßiger Sachstandsbericht über den Stand aller Investitionsmaßnahmen beschlossen werden, mit Angabe des jeweiligen Haushaltsansatzes, der auch die Mittel aus Ermächtigungsübertragungen sowie die bereits zu diesem Zeitpunkt angeordneten und gebundenen Mitteln abbildet. Des Weiteren wird dargestellt, ob die Mittel der Ermächtigungsübertragungen allein aus dem Ansatz des Vorjahres oder auch aus weiter vorliegenden Jahren resultieren.



Für ausgewählte größere Maßnahmen wird darüber hinaus dargestellt, in welchem Jahr die Maßnahme ursprünglich eingeplant wurde. Dies ermöglicht bereits einen ersten umfassenden Stand des aktuellen Investitionsumsetzungsstandes.

Zur Vervollständigung der politischen Investitionssteuerung möge der Rat nunmehr die Einführung der vorgeschlagenen Beschlusskontrolle in den Fachgremien der Stadt beschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Kaj Neumann

finanzpol. Sprecher GRÜNE

Boris Linden

Vorsitzender Finanzausschuss



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

22. März 2023

Nr. 342/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 23/2023 (Grüne)
170/23 (SPD)

Aachen, 22.03.2023

Ratsantrag

Konzeptvergabe städtischer Grundstücke

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der künftigen Konzeptvergabe städtischer Grundstücke auch folgende Punkte in den Kriterienkatalog einzubeziehen:

1. Für den Fall möglichen Wohnungsbaus ist neben dem Bau öffentlich geförderter Wohnungen mit einer Mindestquote von 40 % auch der Bau von preisgedämpftem Wohnraum in Höhe von mindestens 10 % zu fordern.
2. Grundsätzlich sollen die maximalen Förderquoten, die sozialräumlich verträglich sind, ausgeschöpft werden. Diese werden bei jeder Konzeptvergabe individuell festgelegt.

Begründung

Die Mieten kennen nur einen Weg—nach oben. Hierunter leiden nicht nur die Menschen, welche Anspruch auf öffentlich geförderte Wohnungen haben, sondern auch die, welche mit ihrem Einkommen nur in geringem Umfang die Fördergrenzen überschreiten. Hier kann der preisgedämpfte Wohnraum eine Erleichterung darstellen. Allerdings ist die Nachfrage in beiden Segmenten deutlich höher als das Angebot.



Aus diesem Grund sollen städtische Grundstücke nur dann zu Verfügung gestellt werden, wenn auch die maximal mögliche Anzahl an Wohnungen aus beiden Segmenten gebaut werden, wobei die maximale Anzahl durch eine individuelle, quartiersbezogene Analyse erfolgt. Die oben angegebenen Quoten sollten allerdings nicht unterschritten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Dr. Sebastian Breuer

wohnungspolitischer Sprecher GRÜNE

Norbert Plum

Vorsitzender des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB01

28. März 2023

Nr. 343/18

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Aachen, 28. März 2023

Ratsantrag
Erste-Hilfe-Kurse für junge Eltern

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das „Kinderkrams“ Baby-Begrüßungspaket um einen Gutschein für einen Kurs ›Erste Hilfe am Kind‹ zu ergänzen.
2. Hierzu soll mit Anbieter*innen entsprechender Kurse (DRK, Malteser, Johanniter etc.) zur Absprache möglicher Rahmenverträge in Verhandlungen getreten werden.

Begründung

Das Baby- Begrüßungspaket, das zur Geburt vom Jugendamt an junge Eltern überreicht wird, enthält viele wertvolle Informationen. Bisläng nicht vorhanden ist ein Gutschein für einen Kurs ›Erste Hilfe am Kind‹, in dem nicht nur der Umgang mit Notfällen, sondern auch die Vorbeugung von Unfällen gelehrt wird.

Die Kursgebühr von ca. 50 € ist nicht von allen Eltern zu stemmen. Ein Gutschein könnte die Teilnahme erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Ellen Begolli

Nadine van der Meulen



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
28. März 2023

Nr. 344/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 24/2023 (Grüne)
171/23 (SPD)

Aachen, 28.03.2023

Ratsantrag

Nahverkehrsplan: Linienbusse mit Klimaanlage ausrüsten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung den Aachener Nahverkehrsplan fortzuschreiben und die Qualitätsanforderungen für die Fahrzeugausrüstung so zu ergänzen, dass das Fahrzeuginnere klimatisiert oder zumindest gekühlt werden kann. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt eine entsprechende Nachrüstung der vorhandenen Fahrzeuge in Zusammenarbeit mit der ASEAG und den beauftragten Subunternehmen zu prüfen und den notwendigen finanziellen Aufwand darzustellen.

Begründung

Die heißen Sommerwochen sind für viele Bürgerinnen und Bürger eine große körperliche Belastung. Die Entwicklung des Klimawandels lässt erwarten, dass in Zukunft längere und heißere Hitzeperioden Realität werden. Die Benutzung von Bus und Bahn ohne entsprechende Klimaanlage gerät in diesen Zeiten zu einer Tortur. Was für die allermeisten Menschen schon eine massive Komforteinschränkung bedeutet, verhindert, dass zum Beispiel Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen den Aachener ÖPNV nutzen können.

Eine solidarische Verkehrswende bedeutet auch, dass Bus und Bahn für alle Menschen ganzjährig nutzbar sind. Dafür ist es notwendig, dass die Fahrzeuge zu jeder Jahreszeit im Inneren eine gewisse Mindesttemperatur und falls nötig eine Innentemperatur unterhalb der Außentemperatur erreichen. Eine Klimaanlage ist mittlerweile nicht nur bei den allermeisten Neuwagen, sondern auch bei vielen Verkehrsbetrieben in Deutschland Standard.



In Koblenz wurde beispielsweise zuletzt beschlossen, dass alle Neufahrzeuge mit Klimaanlage auszurüsten und die Nachrüstung des Fahrzeugbestands erfolgen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Kaj Neumann

mobilitätspolitischer Sprecher GRÜNE

Ye-One Rhie

mobilitätspolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

28. März 2023

Nr. 345/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 25/2023 (Grüne)
172/23 (SPD)

Aachen, 28.03.2023

Ratsantrag

Pilotprojekt unterirdische Müllsammelbehälter in Neubaugebieten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Aachener Stadtbetrieb und die beteiligten Fachämter werden beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojekts in einer künftig noch zu erschließenden Wohnsiedlung bzw. Neubaugebiet wie der Richtericher Dell, den Einsatz von unterirdischen Müllsammelbehältern mit Zugangssystem zur Entsorgung des Hausmülls (Restmüll, Papier, Verpackungen, Biomüll) zu erproben.

Von der Verwaltung soll in einem ersten Schritt dargestellt werden, wie eine Änderung bzw. Öffnung der Abfallgebührensatzung gestaltet, wo sie umgesetzt werden kann und welche Möglichkeiten zur flächendeckenden Einführung von Unterflurcontainern im Quartier bestehen, bspw. eine Festsetzung in Bebauungsplänen. Außerdem sollen die zusätzlichen Kosten, die für die Installation und Unterhaltung der Container sowie für den Kauf oder die Anmietung von Fahrzeugen entstehen, dargestellt werden.

Begründung

Die u.a. in den Niederlanden bereits seit langer Zeit zum Einsatz kommenden und bewährten unterirdischen Müllsammelbehälter (sog. Unterflursammelbehälter) stellen eine innovative Entsorgungsmöglichkeit dar. Sie sollen aufgrund der baulichen Anforderungen an die Installation zunächst in einer noch zu erschließenden Wohnsiedlung bzw. Neubaugebiet erprobt werden. Damit kein fremder Müll in die Unterflursammelbehälter gelangt, sind die Einwurflappen mit einem entsprechenden Zugangssystem (z.B. Chip, Schlüssel) auszustatten. Das Zugangssystem sollte dabei nach Möglichkeit so ausgestaltet sein, dass eine bedarfsgerechte Leerung der Unterflursammelbehälter erfolgen kann, um einen effektiven Einsatz der Leerfahrzeuge sowie die Vermeidung von Staus an Abfuhrtagen zur Reduktion von CO₂ und Feinstaub zu ermöglichen.



Die Unterflursammelbehälter stellen auch aus Sicht des Arbeitsschutzes mit Blick auf die Entleerung einen Fortschritt gegenüber den herkömmlichen Mülltonnen dar. Aufgrund der weitestgehend automatisierten Entleerung müssen die Mitarbeiter:innen des Aachener Stadtbetriebs keine Lasten mehr ziehen oder heben. Dies schont die Gelenke und das Muskel-Skelett der Mitarbeiter:innen.

Durch die Sammlung der Abfälle in einem unterirdischen Behälter kann oberirdisch Platz eingespart und Raum für anderweitige Nutzungen gewonnen werden. Zudem kann die ausschließliche Sichtbarkeit der Einwurfsäulen zu einer Aufwertung des Wohnumfeldes bzw. des Stadtbildes führen. Denn oftmals sind Müllstandplätze, an denen die herkömmlichen Mülltonnen gelagert werden, wenig ansprechend und insbesondere an den Abfuhrtagen prägen (überquellende) Mülltonnen auf Gehwegen das Stadtbild in den jeweiligen Gebieten.

Unterflursammelbehälter sind nicht nur barrierefrei, sondern auch hygienischer als die bisher zum Einsatz kommenden herkömmlichen Mülltonnen. Durch die niedrige Einwurfshöhe können auch Kinder und Menschen mit Behinderung (z.B. Rollstuhlfahrer) problemlos ihren Müll entsorgen. Aufgrund der unterirdischen Müllsammelbehälter kommt es darüber hinaus zu einer geringeren Belästigung durch Gerüche oder Ungeziefer (insbes. in den Sommermonaten).

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Kaj Neumann

Sprecher im BA Aachener Stadtbetrieb GRÜNE

Dr. Julia Oidtmann

Sprecherin im BA Aachener Stadtbetrieb SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

28. März 2023

Nr. 346/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 26/2023 (Grüne)
173/23 (SPD)

Aachen, 28.03.2023

Ratsantrag

Abholstation Bürger:innenservice

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine rund um die Uhr erreichbare Abholstationen für bestellte Pässe, Urkunden oder Fundsachen als Erweiterung des Angebots des Bürger:innenservice angeboten werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob eine (Teil-)Finanzierung über Fördermittel möglich ist.

Begründung

Einige Städte, wie Hagen, Ludwigsburg oder Wiesbaden bieten bereits Abholstationen für Dokumente etc. an. Die Zugangskontrolle erfolgt über eine per SMS oder E-Mail zugesandte TAN und bei Ausweisdokumenten zusätzlich über einen Fingerabdrucksensor.

In Wiesbaden gibt es beispielsweise seit knapp zwei Jahren eine Abholstation ähnlich einer Paketstation. Die Einrichtung hat dort 53.000 € gekostet und wurde zu 75 % vom Land gefördert. (Weitere Infos: <https://www.wiesbaden.de/vv/produkte/31/141010100000402182.php>; <https://youtu.be/P2XcGeB6Ha4>)

Der Vorteil einer solchen Station ist für die Bürger:innen die Möglichkeit, neue Dokumente unabhängig von der Tageszeit und ohne zweiten Termin abholen zu können. Auch für die stark belasteten Mitarbeiter:innen würde das System zeitliche Entlastung bedeuten.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Ludger Eickholt

personalpolitischer Sprecher GRÜNE

Daniela Parting

personalpolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
3 1. März 2023

No. 347/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 27/2023 (Grüne)
174/23 (SPD)

Aachen, 31.03.2023

Ratsantrag

Auswirkungen der Autobahnspernung A544 auf die regionale Wirtschaft

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen, im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die zu erwartenden ökonomischen Folgen der Autobahnteilspernung A544 im Rahmen der Sanierung der Haarbachtalbrücke auf den regionalen Wirtschaftsstandort zu berichten sowie über die Gespräche und die Abstimmung mit den beteiligten Parteien (Autobahn GmbH, IHK, HWK, Unternehmen, Städteregion und umliegende Kommunen, Hochschule, Pendler:innen und Anwohner:innen). Ferner wird die Verwaltung beauftragt zu eruieren, inwieweit zur Unterstützung der regionalen Unternehmen, die von der Sperrung wirtschaftlich betroffen sein werden, Fördermittel von Land und Bund beantragt werden können. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vorzustellen.

Begründung

Die geplante Sperrung des Autobahnabschnitts auf der A544 im Zuge der Sanierung der Haarbachtalbrücke stellt einen erheblichen Eingriff in die lokale Infrastruktur dar. Die damit einhergehenden ökonomischen Auswirkungen für die regionale Wirtschaft im Allgemeinen und die hier ansässigen Unternehmen im Besonderen sind aktuell noch nicht zu beziffern. Auch die Konsequenzen für Pendler:innen und Anwohner:innen sind erheblich. Eine eingehende Analyse der wirtschaftlichen Folgen der Sperrung ist daher sinnig und notwendig.



Zudem sollte bereits jetzt eruiert werden, welche Unterstützungsleistungen und Fördermöglichkeiten seitens des Landes NRW oder des Bundes für die Unternehmen vor Ort, die einen deutlichen wirtschaftlichen Schaden erfahren werden, genutzt bzw. beantragt werden können. Vergleichbare Fälle hat es bereits in der näheren Vergangenheit gegeben, so z.B. bei der Sperrung der A45 in der Region Südwestfalen. Hier wurden mit Hilfe von Zuschusskrediten und Strukturhilfen wirtschaftliche Härten für die lokalen Unternehmen abgemildert.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Birdal Dolan

wirtschaftspolitischer Sprecher GRÜNE

Sebastian Becker

wirtschaftspolitischer Sprecher SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

31. März 2023

Nr. 348/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 28/2023 (Grüne)
175/23 (SPD)

Aachen, 31.03.2023

Ratsantrag

Maßnahmenpaket Mobilität A544

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. In enger Abstimmung mit der Städteregion und den übrigen von der Sperrung betroffenen Kommunen einen Appell an Bund und Land zu richten mit dem Ziel, die Baustellentätigkeit im Zusammenhang der A544 zeitlich zu minimieren und finanzielle Unterstützung der betroffenen Kommunen und Unternehmen einzufordern. Ebenso erfolgt die Festlegung von Ausweichrouten für alle relevanten Verkehrsträger sowie weitere Maßnahmen mit regionaler Bedeutung in Abstimmung mit allen betroffenen Kommunen sowie der Städteregion.
2. Es soll regelmäßig in den Bezirken und den zuständigen Ausschüssen der Stadt Aachen über die Planungen bzw. den Stand der Umsetzung berichtet werden, außerdem soll die Umbaumaßnahme mit einer Kommunikationskampagne kontinuierlich begleitet werden. Die Ämter der betroffenen Bezirke sollen in die verwaltungsinternen Arbeitsgruppen einbezogen werden.
3. Weiterhin soll kurzfristig eine neue, dauerhafte Personalstelle geschaffen werden, die die Koordination und Umsetzung von Entlastungsmaßnahmen sowie die Kommunikation mit Betroffenen im Rahmen von großen Baumaßnahmen federführend begleitet.
4. In Abstimmung mit den Verkehrsverbänden soll des Weiteren eine Erhöhung der ÖPNV-Taktung auf den betroffenen Strecken erreicht werden, auch mithilfe von provisorischen Busspuren und der Einrichtung „intelligenter Busspuren“.
5. Um Stau-Belastungen des Autoverkehrs möglichst gering zu halten, soll die Verwaltung außerdem das Angebot des P+R ausbauen. Auch eine Taktverdichtung der Euregiobahn auf der Hauptbahn zwischen Stolberg und Düren (falls die durchgängige Befahrbarkeit der Eschweiler Talbahn nicht kurzfristig hergestellt werden kann) sowie die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Zügen soll ebenfalls geprüft werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit eine Ertüchtigung der Bahnstrecke Haaren-Eilendorf (Talbot) möglich ist.
6. Sollten im Rahmen der Maßnahme Straßenrand-Parkplätze auf den belasteten Umleitungsstrecken entfallen, um den Verkehrsfluss zu verbessern, sollen frühzeitig und gut sichtbar markierte Liefer- und Ladezonen in den Seitenstraßen eingerichtet werden.



7. Durch gesteigerte bzw. priorisierte Aktivitäten von „Aachen clever Mobil“ soll in Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen versucht werden, Einfluss auf das Mobilitätsverhalten zu nehmen und alternative Angebote zum Autoverkehr zu stärken und breit zu kommunizieren.

Begründung

Die mit den Baumaßnahmen verbundene Sperrung der A544 wird massive Auswirkungen auf den täglichen Verkehr und damit auf die Mobilität der Bürger:innen sowie der Wirtschaftsbetriebe in Aachen und der Region haben.

Unsere Region wird diesen Herausforderungen nur geschlossen, gemeinsam mit allen betroffenen Kommunen und der Städteregion, effizient begegnen können. Hierzu müssen wir unsere Forderungen an Bund und Land bündeln und erforderliche Maßnahmen zur Absicherung der Erreichbarkeit abstimmen.

In den bereits heute eingerichteten Arbeitsgruppen zwischen Stadt, Städteregion, betroffenen Kommunen, der IHK und weiteren Stakeholdern wie der ASEAG wird derzeit intensiv an konkreten Maßnahmen gearbeitet, um die Auswirkungen auf die Bevölkerung und die betroffenen Unternehmen möglichst gering auszugestalten.

Um die gravierenden Auswirkungen auf unsere Stadt und die Region effizient zu begegnen, soll kurzfristig eine dauerhafte Personalstelle geschaffen werden, die die Koordination und Umsetzung von Entlastungsmaßnahmen und die Kommunikation mit den Betroffenen übernehmen soll.

Jede vermiedene Fahrt mit dem Auto wird zu einer Entlastung beitragen und eine Erleichterung für diejenigen Menschen und Unternehmen bringen, die nicht auf das Auto oder den LKW verzichten können.

Daher können Verbesserungen des ÖPNVs eine effektive Maßnahme sein, um den Autoverkehr zu reduzieren. Eine erhöhte Taktung und die Schaffung von provisorischen Busspuren können hier einen Beitrag leisten und auch ein zielgerichtetes P+R Angebot für die Pendelverkehre kann zu einer Entlastung beitragen.

Damit Liefer- und Ladevorgänge in den betroffenen Gebieten den Verkehr in den stark belasteten Straßen nicht behindern, sollen frühzeitig gut sichtbare Liefer- und Ladezonen in den Seitenstraßen ausgewiesen werden.

Darüber hinaus soll Aachen Clever Mobil und das betriebliche Mobilitätsmanagement in Zusammenarbeit mit der IHK verstärkt und vorrangig Ideen und Möglichkeiten zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens an die betroffenen Betriebe und andere Zielgruppen herantragen.

Um die Politik und die betroffenen Bürger:innen und Unternehmen über den Fortschritt der Baumaßnahmen und die ergriffenen Maßnahmen zur Entlastung zu informieren, soll regelmäßig in den betroffenen Bezirksvertretungen und zuständigen Ausschüssen berichtet werden. Eine dauerhafte Kommunikationskampagne zur Sensibilisierung der Bürger:innen für die anstehenden Maßnahmen ist ebenfalls erforderlich, um die Maßnahmen effektiv umsetzen zu können.



Auswirkungen auf den Verkehr werden nicht vermieden werden können. Wir erhoffen uns jedoch mit der Umsetzung dieser Maßnahmen die Folgen abzumildern und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu minimieren.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Kaj Neumann

mobilitätspolitischer Sprecher GRÜNE

Ye-One Rhie

mobilitätspolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
17. April 2023

Nr. 349/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 29/2023 (Grüne)
176/23 (SPD)

Aachen, 17.04.2023

Ratsantrag

Überarbeitung Gebührensatzung OGS

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die OGS-Gebühren eine neue Satzung zu entwickeln, die langfristig umsetzbare Entlastungen für Eltern mit niedrigen Einkommen beinhaltet und ab dem kommenden Schuljahr in Kraft treten kann.

Begründung

Die Familien in unserer Stadt sind durch multiple Krisen in den vergangenen Jahren stark belastet. Pandemie-bedingte Schließungen haben Eltern und Kinder vor große Herausforderungen gestellt. Die aktuelle Energiekrise stellt insbesondere Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen vor große finanzielle Probleme. Mit dem aktuellen Haushalt ist zunächst eine kurzfristige Entlastung der Eltern aus diesen Einkommensgruppen erfolgt. Langfristig soll dies auch in der Gebührensatzung abgebildet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Pola Heider

schulpolitische Sprecherin GRÜNE

Sebastian Becker

schulpolitischer Sprecher SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
18. April 2023

Nr. 350/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 30/2023 (Grüne)
177/23 (SPD)

Aachen, 18.04.2023

Ratsantrag

Erstellung eines Regenbogen-Zebrastrreifens in Aachen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von SPD und Grünen im Rat der Stadt Aachen beantragen, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Ort für einen Zebrastrreifen in Regenbogen-Farben als sichtbares Zeichen für Toleranz, Solidarität und Wertschätzung der queeren Community in Aachen auszumachen und nach Abstimmung mit den zuständigen Gremien umzusetzen.

Begründung

Leider machen LGBTQIA+-Menschen auch in Aachen immer wieder Diskriminierungs-erfahrungen und werden teilweise verbal oder körperlich angegangen, sodass sie sich unsicher fühlen und sich kaum auf die offene Straße trauen.

Um ein sichtbares Zeichen dafür zu setzen, dass in Aachen jeder Mensch - unabhängig von Geschlecht, Sexualität etc. - willkommen ist, kann ein Zebrastrreifen in den Farben des Regenbogens an einer gut frequentierten Stelle in der Aachener Innenstadt geeignet sein.

Da ein solcher Zebrastrreifen in der Straßenverkehrsordnung nicht vorgesehen ist, entsprechend keine rechtliche Bedeutung hat und eine Verwechslungsgefahr auszuschließen ist, könnte eine Verortung in einer Fußgängerzone sinnvoll sein. Die Stadt Bonn hat dieses Symbol beispielsweise erfolgreich in einer Fußgängerzone umgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Franca Braun

sozialpolitische Sprecherin GRÜNE

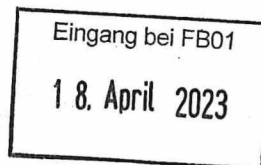
Nathalie Koentges

sozialpolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nv. 351/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 31/2023

SPD 0241 / 432 -7215

Antrag Nr. 178/23

Aachen, 18.04.2023

Ratsantrag

Entwicklungsimpuls Richterich Schloss-Schönau-Straße / Roermonderstraße

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebiet Roermonderstraße / Schloss-Schönau-Straße das Instrument des „Aachen Kompass“ anzuwenden, um die vielfältigen Entwicklungsinteressen der verschiedenen Eigentümer*innen und Vorhabenträger*innen angemessen in ihrer Nutzungsvielfalt beurteilen zu können sowie einen Vorschlag für die Neuordnung der sogenannten Kompassflächen vorzulegen.

Auch wird die Verwaltung beauftragt, in dem Zuge und unter Berücksichtigung der Kapazitäten innerhalb der Verwaltung, einen Meilensteinplan für die Anwendung des „Aachen Kompass“ vorzulegen, so dass Transparenz über realistische Entwicklungszeiträume hergestellt wird.

Im Zuge der Planung soll eine bilanzielle Betrachtung der Gewerbeflächen erarbeitet werden, mit dem Ziel die Gesamtbilanz an Gewerbeflächen in diesem Bezirk nicht zu reduzieren.

Begründung

Im Gebiet Roermonderstraße / Schloss-Schönau-Straße liegen große Gewerbegrundstücke in unterschiedlicher Eigentümer*innenschaft.

Es gibt diverse Aktivitäten von Eigentümer*innen und potenziellen Vorhabenträger*innen, in diesem Gebiet gelegene Grundstücke zu entwickeln und zu überplanen.



Richterich weist nur noch einen geringen Bestand an Gewerbeflächen auf, zugleich ist mit der geplanten Entwicklung der Dell perspektivisch mit einem erheblichen Zuwachs an Bewohner*innen zu rechnen, was den Bedarf an Gewerbeflächen nochmals steigen lässt. Andererseits könnte auch hier ein gewisser Wohnanteil abgebildet werden, um der insgesamt angespannten Wohnungsmarktlage Rechnung zu tragen.

Daher ist ohne eine integrierte Betrachtung des Gebietes eine Veränderung dieses Maßstabs nicht nachhaltig. Mit dem Instrument des „Aachen Kompass“ können die öffentlichen Belange und die Belange des Allgemeinwohls gut mit den Interessen der Investierenden in Einklang gebracht werden. Ziel ist es, hier eine angemessene Nutzungsmischung zu finden, die die vorhandenen Richterlicher Strukturen stärkt und die Entwicklung des Bezirks antizipiert.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Dörter

Planungspolitische Sprecherin GRÜNE

Norbert Plum

Planungspolitischer Sprecher SPD

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB01

19. April 2023

Nr. 352/18

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Aachen, 19. April 2023

Ratsantrag
Maßnahmen zur Energieeinsparung beibehalten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Maßnahmen zur Energieeinsparung beibehalten oder neu eingeführt werden können.

Begründung

Am 15. April lief die Energiesparverordnung des Bundes aus. Angesichts des Klimawandels und der auch in Zukunft hohen Kosten für Strom und Gas ist ein ressourcenschonender Umgang mit diesen Energien aber auch weiterhin sinnvoll und notwendig. Aus diesem Grund ist es wichtig, Maßnahmen zur Einsparung von Energie zu prüfen und umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Andreas Nositschka



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

25. April 2023

Nr. 353/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 32/2023 (Grüne)
179/23 (SPD)

Aachen, 25.04.2023

Ratsantrag

Finanzielle Unterstützung des Projektes Querbeet

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von SPD und Grünen im Rat der Stadt Aachen beantragen, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern eine Finanzierung weiterer Plätze über die aktuell 20 zur Verfügung stehenden Plätze hinaus im Rahmen des Projektes Querbeet möglich ist, sodass keine interessierte Person abgewiesen werden muss.

Begründung

Aufgrund der Kürzungen der finanziellen Zuwendungen für das Angebot Querbeet durch das Jobcenter ab dem 01. April 2023 haben der Sozial- und der Finanzausschuss der Stadt Aachen beschlossen, das Projekt stärker als bisher finanziell zu unterstützen, sodass für das Haushaltsjahr 2023 bisher 60.000 Euro aus städtischen Mitteln zur Verfügung gestellt worden sind.

Durch die Reduzierung der Zuwendungen kommt es zu einer Reduktion der Platzzahl von 30 auf 20 Plätze. Dies führt in manchen Fällen dazu, dass Interessierte abgelehnt werden müssen, da bereits alle Plätze belegt sind. Damit zukünftig aber keine Klientinnen und Klienten abgewiesen werden müssen, soll eine Finanzierungsmöglichkeit für weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die bestehenden 20 Plätze hinaus aufgezeigt werden. So könnte es eine Möglichkeit sein, anhand der bestehenden Teilnehmer:innenlisten zusätzliche Kosten für weitere Klientinnen und Klienten abzurechnen. Ebenso sollten Möglichkeiten aufgezeigt werden, die Kostensteigerungen im Bereich der Sachmittel durch Mittel aus dem „Stärkungspakt NRW“ zu finanzieren.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Franca Braun

sozialpolitische Sprecherin GRÜNE

Nathalie Koentges

sozialpolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

2 5. April 2023

Nr. 354/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 34/2023 (Grüne)
181/23 (SPD)

Aachen, 25.04.2023

Ratsantrag

Schulstandort Kronenberg konkret planen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Phase Null zur Entwicklung eines tragfähigen inhaltlichen und räumlichen Konzepts für den Ausbau von Gesamtschulplätzen am Schulstandort Kronenberg.

Begründung

Ein zusätzlicher Standort bedarf einer langfristigen Planung. Diese soll deshalb umgehend gestartet werden. Der Standort Kronenberg ist bereits als geeigneter Ort zur Planung einer 5. Gesamtschule identifiziert worden.

Als Schulträgerin steht die Stadt in der Pflicht, langfristig und vorausschauend ein ausreichendes Schulplatz- und Raumangebot für eine steigende Zahl von Schüler*innen vorzuhalten.

In den nächsten Jahren ist von einem anhaltend steigenden Bedarf an Schulplätzen auszugehen, denn die Zuwanderung von Migrant*innen hält an. Sogenannte Wanderungsgewinne zeichnen sich bereits in den Kitas ab. Ebenso hat das Wahlverhalten von Eltern in den letzten Jahren bereits sehr deutlich gezeigt, dass immer mehr Eltern Gesamtschulplätze in der Innenstadt bevorzugen.

Daneben sollte die Stadt den veränderten Anforderungen wie Inklusion, Digitalisierung, Ganztagsunterricht oder neuen pädagogischen Konzepten Rechnung tragen. Dazu muss die Stadt daran festhalten, die Anzahl von Schüler*innen pro Klasse so niedrig wie möglich zu halten. Eine Erhöhung der Klassenfrequenzwerte ist unerwünscht.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Pola Heider

schulpolitische Sprecherin GRÜNE

Sebastian Becker

schulpolitischer Sprecher SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

26. April 2023

Nr. 355/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 33/2023 (Grüne)
180/23 (SPD)

Aachen, 25.04.2023

Ratsantrag

Kommunaler hybrider Gewerbehof

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Errichtung eines kommunalen, modernen, hybriden mehrgeschossigen Gewerbehofs zu entwickeln und ein Umsetzungsmodell für kostengünstige Gewerbemieten in einem zukunftsorientierten Umfeld zu erarbeiten.

Die Konzeptentwicklung soll im Austausch mit der regionalen Wirtschaftsförderung und den lokalen Kammern IHK und HWK erarbeitet werden.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, hierzu geeignete kommunale Flächen, Gebäude und Liegenschaften zu identifizieren und einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten. Dabei sollen vorzugsweise Bestandsimmobilien oder bei Neubau bereits versiegelte Flächen für die Entwicklung in Betrachtung gezogen werden.

Auch sollen hybride Gewerbehöfe mit modernster Kommunikationsinfrastruktur ausgestattet werden, die es ermöglicht, die digitale Transformation im Handwerk durch innovative Anwendungen wie VR/AR und Robotik voranzubringen.

Begründung

Seit Jahren steigen die Gewerbemieten in unserer Stadt. In der Folge werden immer mehr kleine Handwerksbetriebe aus ihren angestammten Standorten verdrängt und neue Betriebe finden kaum preiswerte Flächen. Die Errichtung eines kommunalen Gewerbehofes ist ein wichtiges Instrument, um diese Entwicklung aufzuhalten.



Hybride Gewerbehöfe zeichnen sich dadurch aus, dass Start-ups mit Handwerk in räumlicher Nähe arbeiten können. Daher wird eine gemischte Mieterstruktur von Gewerbe, Start-ups und Handwerk angestrebt, um nachhaltige Kooperationen zwischen Handwerk, Start-ups und weiteren Unternehmen Raum zu geben. Dies ist ein wesentlicher Schritt, um als attraktiver Standort dem Fachkräftemangel durch Innovation begegnen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Birdal Dolan

wirtschaftspolitischer Sprecher GRÜNE

Sebastian Becker

wirtschaftspolitischer Sprecher SPD

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

03. Mai 2023

Nr. 356/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 23.022

Aachen, den 03.05.2023

RATSANTRAG**Cricket in Aachen ermöglichen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den in Aachen ansässigen Cricket-Vereinen nach geeigneten Trainingsflächen zu suchen. Perspektivisch ist auf die Zurverfügungstellung einer den Anforderungen an den Wettkampfbetrieb entsprechenden Fläche hinzuwirken.

Begründung

In Nordrheinwestfalen existieren zahlreiche Cricket-Vereine. Drei von Ihnen sind in Aachen aktiv. Zu nennen sind der Aachener Leoparden Cricket Club e.V., der Aachen Rising Stars Cricket e.V. sowie die Cricket-Abteilung innerhalb des Polizeisportvereins Aachen 1922 e.V. Eine Mannschaft des Aachen Rising Stars Cricket Clubs spielt sogar in der Cricket-Bundesliga.

Allerdings fehlt es in Aachen an geeigneten Trainings und Wettkampfflächen. Die einzige für Wettkämpfe geeignete Fläche in der Region befindet sich in Inden. Zu Trainingszwecken werden in Aachen diverse asphaltierte und gepflasterte Fläche, wie z.B. der Bendplatz genutzt. Dies geht mit einem erhöhten Verletzungsrisiko einher. Hinzukommen allgemein

zugängliche Flächen in Parkanlagen. Auch diese sind für den Trainingsbetrieb nur bedingt geeignet. Dies erschwert trotz wachsenden Interesses die Entwicklung der Vereine gerade im Jugendbereich.

Die Vereine erbringen eine große Integrationsleistung. Unter ihren Dächern treiben Menschen aus den verschiedenen Kulturkreisen, z.B. Pakistan, Indien, Sri Lanka und Afghanistan gemeinsam Sport. Dazu zählen auch geflüchtete Menschen. Zudem finden auch zahlreiche Studierende der RWTH in den Cricket-Vereinen eine sportliche Freizeitbeschäftigung.

Um dem wachsenden Interesse an dieser Sportart und den steigenden Mitgliederzahlen gerecht zu werden, benötigen die Vereine geeignete Trainings- und Wettbewerbsflächen. Die Verwaltung soll gemeinsam mit ihnen städtische Sportflächen auf deren Eignung überprüfen. Idealerweise führt dies zur Einrichtung eines Cricket-Platzes, der auch den Anforderungen des Deutschen Cricket Bundes an den Ligabetrieb genügt.

Mit freundlichen Grüßen



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

03. Mai 2023

Nr. 357/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 23.021

Aachen, den 03.05.2023

RATSANTRAG**Unterstützung der Verkehrswacht Aachen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, über den Wirtschaftsplan des Aachener Stadtbetriebes geeignete Mittel zur Verfügung stellen, um die im Namen des Verkehrswacht Aachen e.V. ehrenamtlich Tätigen bei der Wartung und Pflege der Außenanlagen der Jugendverkehrsschule an der Hohenstaufenallee zu unterstützen. Der Aachener Stadtbetrieb wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern diese Unterstützungsleistung schon im laufenden Wirtschaftsjahr realisiert werden kann.

Der Aachener Stadtbetrieb wird ferner beauftragt, gemeinsam mit dem Verkehrswacht Aachen e.V. zu prüfen, inwiefern der Pflege- und Wartungsaufwand für die Außenanlage reduziert werden kann.

Begründung

Als gemeinnütziger Verein leistet der Verkehrswacht Aachen e.V. einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Straßenverkehrs in unserer Stadt. Besonders hervorzuheben sind die Aus- und Weiterbildung im Bereich Radfahren für Kinder und Jugendliche sowie Angebote zur


sicheren Nutzung von Pedelecs. Das Projekt „Interkulturelles Fahrradtraining für Migrantinnen“ wurde im letzten Jahr mit dem Integrationspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet.

Um seine vielfältigen, wichtigen Aufgaben zu erfüllen, hat der Verein ein Grundstück an der Hohenstaufenallee von der Stadt Aachen angemietet und betreibt dort eine Jugendverkehrsschule. Im Rahmen des Mietverhältnisses obliegen Pflege und Wartung der Außenanlage dem Verein. Wie in vielen Bereichen, geht auch auf Seiten der Verkehrswacht Aachen die Zahl der ehrenamtlich Tätigen zurück. Dadurch können Pflege und Wartung der Außenanlagen durch den Verein nicht mehr sichergestellt werden.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen spricht sich dafür aus, die Verkehrswacht Aachen e.V. temporär durch den Aachener Stadtbetrieb bei der Wartung und Pflege der Außenanlagen zu unterstützen. Diese Unterstützung soll idealerweise schon im laufenden Jahr einsetzen.

Zudem soll gemeinsam mit dem Verkehrswacht Aachen e.V. geprüft werden, inwiefern der Pflege- und Wartungsaufwand für die Außenanlagen reduziert werden kann. Denkbar wäre beispielsweise die Anlage mit weniger pflegeintensiven Blühwiesen anstelle von aufwendig zu pflegenden Rasenflächen zu bepflanzen.

Mit freundlichen Grüßen



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende